



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Leserinnen und Leser,

auch die vergangenen zwei Sitzungswoche standen wieder ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Am Mittwoch hat die Runde aus Ministerpräsidenten und Kanzlerin beschlossen, den Lockdown abermals zu verlängern. Jedoch haben unsere Forderungen nach Öffnungsschritten und einem Stufenplan Wirkung gezeigt, auch wenn die Bundesregierung sich beim Kopieren weniger gut angestellt hat. Die Bedingungen und Abgrenzungen der Stufen wirken, als seien sie bloß das Ergebnis eines regen Feilschen. Nimmt man dann noch das Impfdesaster, die viel zu späten Bestellungen von Schnelltests und die Affäre um den CSU-Abgeordneten Nüßlein und Provisionszahlungen für Schutzmasken hinzu, fragt man sich, ob die Bundesregierung wirklich an einer Bewältigung der Krise arbeitet oder sich ausschließlich auf die kommenden Wahlen konzentriert

– aber lesen Sie selbst... Ihr Hagen Reinhold

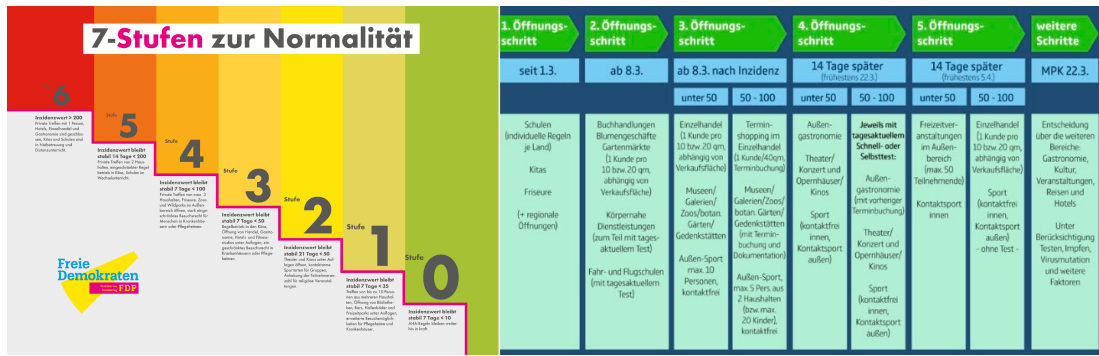
Die politische Woche im Rückblick – was uns bewegt hat

Lockdown-Verlängerung

Nachahmung sei die höchste Form der Anerkennung, hat Oscar Wilde einmal gesagt. Grundsätzlich begrüße ich daher, dass die Runde aus Ministerpräsidenten und Kanzlerin nun auch endlich einen Stufenplan beschlossen hat. Dieser Plan ist aber ungefähr so gut nachgeahmt wie die am Strand verkaufte Kopie einer Luxusuhr oder Unterhaltungselektronik, die bei Wish bestellt wurde. Wenn ein Plan so kompliziert ist, dass niemand weiß, welche Regeln aktuell gelten, dann ist er schlicht unpraktikabel. Insbesondere, wenn darin nicht einmal alle Branchen vorkommen. Die Veranstaltungswirtschaft und große Teile des Gastgewerbes erhalten immer noch keine Perspektive; weitere Entscheidungen über Schulöffnungen werden einfach unter den Mantel des Föderalismus gekehrt.

Doch anstatt den Unternehmen und Selbstständigen zu helfen, haben sich die Regierenden lieber mit Pappkameraden befasst: So ist die Inzidenz von 35 als Schwellenwert plötzlich sang- und klanglos verschwunden. Dafür soll in Zukunft in der Außengastronomie neben einer Terminbuchung ein tagesaktueller Schnelltest Voraussetzung sein, um sich mit einem weiteren Haushalt an einen Tisch zu setzen. Ich frage mich ja, wie man auf so weltfremde Ideen kommt. Wer meldet sich denn zwei Tage vorher an, um bei gutem Wetter ein Bier im Biergarten zutrinken?

Wäre die gleiche Energie stattdessen, wie von uns gefordert, frühzeitig in die Beschaffung und den Einsatz von Schnelltests geflossen, hätte man Alten- und Pflegeheime besser schützen können und effektiv Menschenleben gerettet. Aber auch hier bleibt sich die Bundesregierung, wie auch schon bei den Masken in der ersten Welle treu. Zu spät & zu teuer lautet die Devise. Vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass die Stimmen, die staatliches Handeln als beste Lösungen für jedes Problem sehen, ihre Meinung noch einmal überdenken. Schließlich waren Lebensmitteleinzelhändler in beiden Fällen schneller & billiger. Ein starker Beweis für die Kraft der Marktwirtschaft!



1. Öffnungsschritt	2. Öffnungsschritt	3. Öffnungsschritt	4. Öffnungsschritt	5. Öffnungsschritt	Weitere Schritte			
seit 1.3.	ab 8.3.	ab 8.3. nach Inzidenz	14 Tage später (höchstens 22.3.)	14 Tage später (höchstens 5.4.)	MPK 22.3.			
		unter 50	50 - 100	unter 50	50 - 100			
Schulen (individuelle Regeln)	Buchhandlungen Blumenstände Gartenmärkte Kioske Friseure (+ regionale Öffnungen)	Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche) Museen/ Galerien/ Zoos/botan. Gärten/ Gedenkstätten Außen-Sport max. 10 Personen, kontaktfrei	Termin-shopping im Einzelhandel (1 Kunde/40qm Terminbuchung) Museen/ Galerien/Zoo/ botan. Gärten/ Gedenkstätten (mit Terminbuchung und Dokumentation) Außen-Sport max. 5 Pers. aus 2 Haushalten bzw. max. 20 Kinder, kontaktfrei	Außen-gastronomie Theater/ Konzert und Opernhäuser/ Kinos Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) Theater/ Konzert und Opernhäuser/ Kinos Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen)	Jeweils mit tageweisem Schwellen- oder Selbsttest: Außen-gastronomie (mit vorheriger Terminbuchung) Theater/ Konzert und Opernhäuser/ Kinos Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen)	Freizeitver-anstaltungen im Außenbereich (max. 50 Teilnehmende) Kontaktsport innen Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) - ohne Test	Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche) Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) - ohne Test	Entscheidung über die weiteren Bereiche: Gastronomie, Kultur, Veranstaltungen, Reisen und Hotels Unter Berücksichtigung: Testen, Impfen, Virenmutation und weitere Faktoren

Mangelnde Transparenz

Zwei Sitzungswochen und gleich drei Unionsabgeordnete gegen die Korruptionsvorwürfe erhoben werden. Sowohl CSU-Politiker Georg Nüßlein als auch seine Fraktionskollegen Axel Fischer und Nikolas Löbel sollen unter zweifelhaften Umständen Gelder erhalten haben. Bei Nüßlein und Löbel soll es jeweils um eine sechsstellige Provision für die öffentliche Beschaffung von Masken gehen und Fischer soll dafür bezahlt worden sein, bei Anträgen und Abstimmungen zu verschiedenen Resolutionen sowie bei der Besetzung von Funktionen und Kommissionen des Europarates Einfluss im Sinne Aserbaidshans zu nehmen. Dieser Vorfall kommt uns in M-V doch bekannt vor: Auch gegen die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz wird seit letztem Jahr wegen Bestechlichkeit durch Aserbaidshans ermittelt. Auch sie war im Europarat aktiv und das Gremium sieht die Vorwürfe als so gravierend an, dass er ein lebenslanges Hausverbot gegen sie verhängte.

Als Liberaler gilt für mich natürlich zu aller erst die Unschuldsvermutung. Jedoch werfen solche Fälle, selbst wenn sie am Ende zu keiner Verurteilung führen, ein schlechtes Licht auf unsere parlamentarische Demokratie. Sie reißen sich im Zweifel nahtlos in Skandale wie die Wirecard-Affäre, Philipp Amthors Werben für "Augustus Intelligence", oder das Mautdebakel ein. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass der Politik Intransparenz und Anfälligkeit für ungebührliche Einflussnahme vorgeworfen wird. Wir dürfen nicht dulden, dass sich ein solcher Eindruck verfestigt und wir eine zunehmende Entfremdung zwischen Teilen der Bevölkerung und den politischen Institutionen riskieren. Stattdessen brauchen wir mehr Transparenz, zum Beispiel in Form eines umfassenden Lobbyregisters.

Jedoch sollte die Transparenz nicht nur für Interessensvertreter gelten, sondern auch für die Politik selbst. Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie komplex Entscheidungen und wie undurchsichtig politische Prozesse zum Teil sind. Transparenz darf keine Einbahnstraße sein. Wir brauchen in Zukunft daher beides: Mehr Klarheit darüber, welche Interessen auf Politik einwirken und was die Politik vorhat. So können wir den schädlichen Aspekten von Lobbyismus gleich doppelt begegnen. Einmal, in dem wir Auswüchse direkt bekämpfen und gleichzeitig durch mehr Transparenz über politische Abläufe, 'Waffengleichheit' bei der Interessensvertretung schaffen. Ich werde hierzu in Kürze einen Antrag in unsere Fraktion einbringen.

WAS WAR IM AUSSCHUSS:

Bauausschuss

Im Bauausschuss haben wir uns sitzungswochenübergreifend mit der Frage beschäftigt, wie wir schneller und nachhaltiger den nach wie vor großteilig unsanierten Wohnungsbestand in Deutschland energieeffizient modernisieren können. Ausgangspunkt war die langfristige Renovierungsstrategie der Bundesregierung, die unter anderem aufzeigt, wie wenig Prozent unseres Gebäudebestandes derzeit energetisch saniert sind. Mit dem nachfolgend im Ausschuss beratenden Planungssicherstellungsgesetz hat die Bundesregierung auch eine unserer Forderungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren umgesetzt - wenn auch nur für den Zeitraum der Pandemie.

Durch das Gesetz sollen alle für ein Planungs- und Genehmigungsverfahren wichtigen Dokumente im Internet einsehbar sein. Diesen kleinen Fortschritt in der Digitalisierung müssen wir beibehalten, insbesondere, da wir für die großflächige Sanierung unseres Bestandes und in Hinblick auf die nach wie vor großen Emissionen im Gebäudesektor verstärkt unser Augenmerk auf die Quartiere richten werden müssen. Dieser zukünftige Fokus bei der Sanierung auf die Quartiere war eins der Erkenntnisse aus dem Expertengespräch zur Bauwende, also zur Frage, wie wir wirtschaftlich, nachhaltig und CO₂-neutral neu- und umbauen können. Hier schloss sich der Kreis, denn bei großflächigen Ansätzen wie dem Quartiersansatz sind so viele Akteure betroffen, dass wir dafür auch über die Pandemie hinaus schlanke und digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren brauchen.



Wirtschaftsausschuss

Im Wirtschaftsausschuss haben wir uns in den vergangenen zwei Sitzungen unter anderem noch einmal mit Nord Stream 2 und den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie beschäftigt.

Im Hinblick auf den Pipelinebau gab sich die Bundesregierung in Gestalt des zuständigen Staatssekretärs zugeknöpft. Die Posse um die ‚Umweltstiftung‘ sei Sache des Landes und auch nicht mit der Bundesregierung abgestimmt. Man lehne US-Sanktionen aber ab und hoffe auf eine gütliche Lösung. Kein Wort gab es jedoch zum Attentat auf Nawalny oder das Verwässern der bestehenden Sanktionen gegen Russland. Hier muss in Zukunft genauer hingesehen werden.

Auch bei den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gab es wenig Neues. Die Konjunktur leidet unter dem Lockdown und der allgemeinen Konsumzurückhaltung, die sich nur langsam verbessert. Besonders dramatisch ist aber, dass einzelne Branchen besonders hart getroffen werden. Und obwohl endlich Bewegung in die Auszahlungen von November- und Dezemberhilfe zu kommen scheint, sind viele Hilfen immer noch nicht gänzlich angekommen. Der bereits genannte Stufen-’Plan‘ der Ministerpräsidentenkonferenz ermöglicht zwar Öffnungen, konzentriert sich aber immer noch zu stark auf die Inzidenzwerte. Wenn gleichzeitig auch noch mehr getestet wird und die Inzidenzen so absehbar steigt, gibt ein solcher Plan keine wirklichen Perspektiven. Ob vor diesem Hintergrund die wirtschaftlichen Aussichten schnell besser werden, ist fraglich.

WAS WAR IM PLENUM:

Aktuelle Stunde Eigenheim-Debatte

In unserer Aktuellen Stunde präsentierten wir uns als konstruktive Option zu den Verbotsorgien der Grünen und der falschen Selbstbeweihräucherung der Großen Koalition. Während die Grünen im Einfamilienhaus ein neues Opfer ihres Feldzuges gefunden haben, feiert die Große Koalition sich für ihre gescheiterte Wohnraumoffensive. Weder sind wie versprochen 1,5 Millionen Wohnungen gebaut worden, noch haben mehr Menschen den Sprung ins Eigentum wagen können. Das Wohnen ist auch nicht klimafreundlicher oder günstiger geworden. Die Bilanz ist für die Bundesregierung und für Bundesbauminister Seehofer verheerend. Trotzdem wird nicht genug unternommen, die Bautätigkeiten zu steigern. Statt den Mangel mit Mietpreisbremse und Mietendeckel zu verwalten, müssen wir ihn beheben. Die einzige Antwort lautet hier mehr, schneller und günstiger zu bauen und den ländlichen Raum nicht ausbluten zu lassen – ohne staatliche Vorschrift, wie der freie Bürger zu wohnen hat.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Rede zu CO2-Bepreisung für Mietobjekte

Grüne und Linke führen ihre Attacken gegen das Eigentum und die Vermieter immer weiter fort. In zwei Anträgen haben die beiden Fraktionen gefordert, dass allein der Vermieter die gesamten CO2-Kosten tragen soll, die aus dem seit Jahresbeginn eingeführten nationalen CO2-Preis resultieren. Ich habe in meiner Rede klargestellt, diese einseitige Belastung der Vermieter keine Anreize schafft, etwas zu verändern. Den Klimawandel können wir nur gemeinsam bewältigen, darum habe ich für die Einführung unsere Lösung geworben: Mit einer Teilwarmmiete in Verbindung mit dem CO2-Zertifikatehandel können wir eine sozial verträgliche Sanierung des Bestandes schaffen – Mieter und Vermieter gemeinsam statt gegeneinander.

[Hier finden Sie meine Rede.](#)

Schneller, einfacher, freier. Mit Corona-Selbsttests zurück in die Normalität

In unserem **Antrag** haben wir kritisiert, dass die Zulassung von Selbsttests in Deutschland zu kompliziert ist und viel zu lange dauert. Unser Nachbarland Österreich geht hier mit gutem Beispiel voran und daran sollten wir uns orientieren: Dort sind bereits 250 Selbsttest-Anbieter auf dem Markt, in Deutschland hingegen nur drei – und die sind noch nicht einmal flächendeckend verfügbar. Mit einem vereinfachten Verfahren und einer Selbstverpflichtung der Hersteller können Selbsttests ohne Einbußen der Qualität zügig auf den Markt gebracht werden. Diese Tests können anschließend ein reguläres Zulassungsverfahren durchlaufen. So können wir den Menschen eine Perspektive und ein Weg aus dem Lockdown aufgezeigt werden. Mithilfe der Selbsttests besteht eine gute Chance, in die Normalität zurückzukommen.

Keine langfristigen Grenzkontrollen – Verlässliche Perspektive schaffen

In unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung unter anderem auf, keine Anordnung für flächendeckende oder großflächige Kontrollen an den Grenzen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten zu treffen und alles zu tun, um den Infektionsschutz für Grenzpendler zu verbessern. Dazu wollen wir gemeinsam mit der EU eine erweiterte Teststrategie für Grenzpendler und Logistik entwickeln. So wollen wir die Anzahl der durchgeführten Tests in den Grenzregionen spürbar erhöhen. Verstärkt genutzt werden sollen Antigen-Schnelltests, zeitnah ergänzt um noch zu zertifizierende und bereitzustellende Selbsttests. Zusätzlich wollen wir in Grenznähe Testzentren errichten, um die Durchlaufkapazitäten zu erhöhen. Ausnahmen von der Testpflicht wollen wir für solche Personen schaffen, von denen erkennbar kein erhöhtes Infektionsrisiko ausgeht, beispielsweise weil sie sich in den Risikogebieten nur im Transit befanden und ihr Fahrzeug nicht verlassen haben. Auch muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass längere Wartezeiten und Staus an den Kontrollstellen vermieden werden.

Aktuelle Stunde: Öffnungsperspektiven durch Teststrategie

Die Bundesregierung hat nach wie vor keine Teststrategie. Ohne Teststrategie keine großflächigen Öffnungen – ein Fakt, den wir in unserer Aktuellen Stunde in dieser Woche der Bundesregierung mit auf den Weg gegeben haben. So ein Versäumnis kann sich ein Land wie Deutschland, dass sich gern als Weltmeister im Organisieren sieht, nicht leisten. Wir fordern deutliche Schritte hin zu einer Öffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Bereits als wir in der vergangenen Woche den Antrag eingebracht hatten, sah es so aus, als werde der Lockdown verlängert, nur diesmal unterfüttert mit neuen Argumenten und anderen Inzidenz-Werten. Genauso ist es dann auch in dieser Woche eingetreten. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung weiterhin beharrlich, sich an unserer Öffnungs- und Teststrategie ein Beispiel zu nehmen - ein falsches politisches Ego, das Menschenleben kostet.

Aktuelle Stunde

Nationales Impfportal einrichten – Impfmanagement zielgerichtet voranbringen

Zu einer funktionierenden Öffnungsstrategie gehört auch ein funktionierendes Impfmanagement. In unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung dazu auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein nationales Impfportal in Form eines Online-Tools zu entwickeln, das die Impftermine koordiniert und verlässlich vergibt. Darüber hinaus fordern wir unter anderem die Entwicklung einer Software für das bundesweite Impfmanagement. Sie soll alle zugelassenen und zur Verfügung gestellten Vakzine umfassen und zum Beispiel steuern, wie viele Dosen in welches Impfzentrum geliefert werden. Ziel muss ein, dass Impftermine nicht mehr verschoben oder abgesagt werden müssen und kurzfristig mehr oder weniger Impfstoff-Lieferungen bei der Terminvergabe einkalkuliert werden können. Außerdem wollen wir die Einführung einer elektronischen Warteschlange, in der Menschen entlang der bestehenden Priorisierung kurzfristig zur Impfung aufgerufen werden können. Das kann einer Verschwendung von Restbeständen des Impfstoffs vorbeugen.

BERICHT AUS DEM WAHLKREIS

MV Gipfel

Mit dem zurückliegenden MV Gipfel hat die Landesregierung bereits vor der Ministerpräsidentenkonferenz bewiesen, dass es nicht reicht einen "Perspektivplan" aufzustellen, sondern dass es auch entscheidend ist, dass dieser realistische Vorgaben setzt. Der Entwurf von Frau Schwesig, der noch vor der Ministerpräsidentenkonferenz entwickelt wurde, sah hier eine starke Fixierung auf einen Inzidenzwert unter 35 vor und vernachlässigte sowohl regionale Unterschiede als auch weitere Kriterien zur Beurteilung der pandemischen Lage. Dass dann noch 14-tägige Pausen zwischen den einzelnen Schritten vorgesehen waren, hat zusätzlich den Aufschrei der Wirtschaft befeuert. Der vorgeschlagene Plan der Landesregierung hätte dem Tourismus mit Sicherheit das Ostergeschäft gekostet und auch in den Sommer hinein für geschlossene Lokale und Läden gesorgt.

Mit dem Einlenken der Ministerpräsidenten auf der letzten MPK ist zumindest etwas Besserung in Sicht, obwohl auch weiterhin von einer soliden Perspektive für die Wirtschaft nicht die Rede sein kann. Nach wie vor stehen viele Unternehmen mit dem Rücken zur Wand und sind abhängig von den Staatshilfen. Vielfach ist unklar, wie die beschlossene Verlängerung des Lockdowns sich auf die Liquidität, die Bilanz und letztendlich auf das Fortbestehen des Betriebs auswirken wird. Schon jetzt sind immer mehr Geschäfte in den Innenstädten leer geräumt und ohne Mieter. Wenn wir diese Entwicklung noch aufhalten wollen, dann ist es dringend an der Zeit, wirkliche Öffnungsperspektiven ins Auge zu fassen. Mit Hygienekonzepten und verbesserter Kontaktnachverfolgung, etwa durch die App Luca, muss nicht der Gesundheitsschutz für die Öffnung geopfert werden. Es ist wichtig, dass unsere Landesregierung jetzt auf die Wirtschaft und die Liberalen im Land hört und handelt. Anders als bei der Beschaffung von Schnelltests oder der Entwicklung von Impfstoffen kann die private Wirtschaft hier nicht die Fehler des Staates wieder ausbügeln.

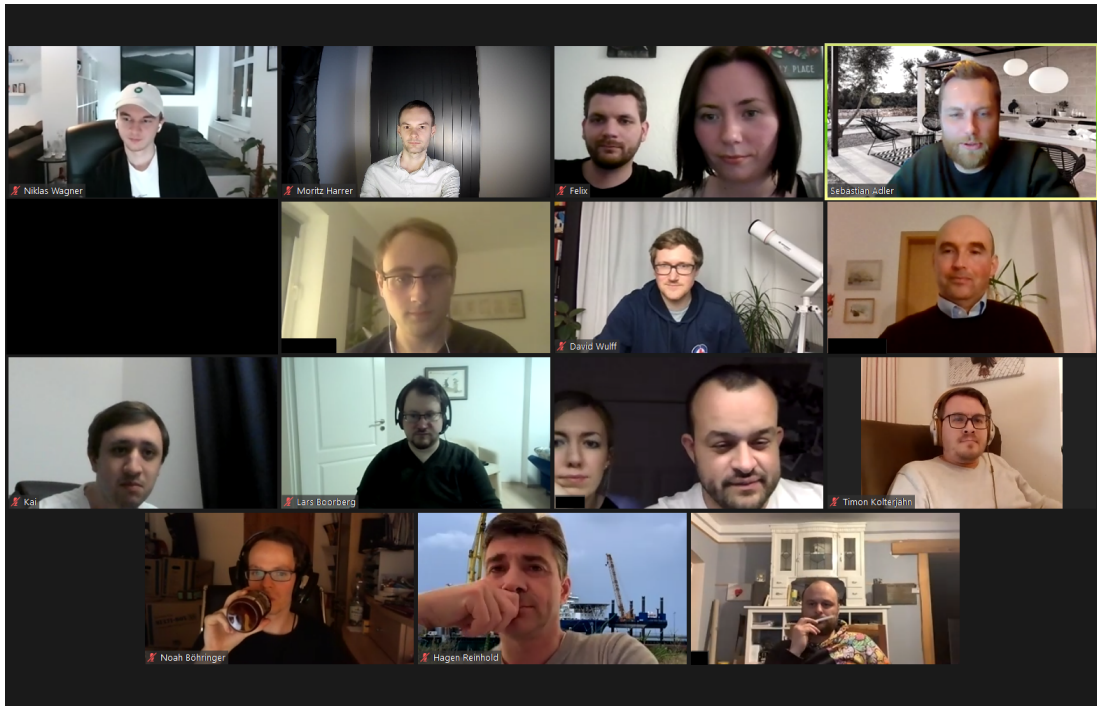
MV Werften

Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD sind nach wie vor überzeugt, die Werften zu retten – koste es was es wolle. Dementgegen beginnt die Stimmung im Land umzuschlagen. Vielfach wird die Frage gestellt, ob die Millionen, die schon fast traditionell für die Rettung von Werften ausgegeben

werden, nicht anderswo sinnvoller angelegt wären? Wie viele kleine Familienbetriebe und Unternehmen ließen sich mit den Millionen retten, die man benötigt, um eine Fortführungsperspektive für die MV Werften zu schaffen. Genau diese Perspektive wollen CDU und SPD nämlich mit Steuergeldern erkaufen, obwohl schon vor einem halben Jahr von der Landesregierung klar gesagt wurde, dass eine positive Fortführungsprognose erst die Voraussetzung für weitere Hilfen ist. Die einzige faire Lösung in der Vergabe von weiteren Unterstützungen ist es, das gleiche Recht für alle gelten zu lassen. Ich setze mich daher dafür ein, dass Genting die gleichen Anforderungen wie jeder Tischlerbetrieb oder Schlosser, die die Werften seit Jahren beliefern, erfüllen muss. Nur so können wir sicher sein, dass verantwortungsvoll und transparent mit unseren Steuergeldern umgegangen wird. Einen Sonderweg für die Werften darf es nicht geben.

Digitale Stammtische

In den letzten Tagen habe ich zwei digitale Stammtische besucht: Am Dienstag war ich zu Gast beim Liberalen Abend der Freien Demokraten Greifswald, um über die aktuellen Entwicklungen aus der Bundespolitik zu berichten und den Parteifreunden aus der Hansestadt Rede und Antwort zu stehen. Nebst neuester Entwicklungen im Rahmen der Corona-Pandemie sprachen wir das neue Lieferkettengesetz der Großen Koalition und diskutierten über die Herausforderungen des anstehenden Superwahljahres. Am Mittwoch haben mich die Parteifreunde aus Rostock zu ihrem Stammtisch eingeladen. Abseits von Corona haben wir intensiv über die private Nutzung von Solarstrom und Mieterstrommodelle sowie das geplante Transparenzregister diskutiert.



NEUES AUS DER LANDESGRUPPE OST

Wie bereits berichtet, lädt die Landesgruppe Ost in jeder Sitzungswoche zu ihrem neuen digitalen Format "Sitzungswoche exklusiv" ein. An jedem Donnerstag einer Sitzungswoche berichten wir über aktuelle Themen aus der Sitzungswoche und dem politischen Alltag: Was passiert in der Fraktionssitzung? Wie gelangen aktuelle Themen ins Plenum? Die aktuelle Ausgabe von "Sitzungswoche exklusiv" wird jeweils über die Facebook-Seiten der teilnehmenden Abgeordneten ausgestrahlt. Zudem gibt es die Möglichkeit, per Zoom an den Webtalks teilzunehmen und den Abgeordneten Fragen zu stellen. Wer einen Einblick in das Format gewinnen möchte, kann sich unter folgendem Link die Ausgabe von vergangener Donnerstag ansehen, in der ich gemeinsam mit meinem Brandenburger Kollegen Professor Martin Neumann über Nord Stream 2 und synthetische Kraftstoffe diskutiert habe: <https://www.facebook.com/hagenreinholdfdp>

Der nächste Termin von Sitzungswoche exklusiv:

Donnerstag, 25. März 2021, 19 Uhr, auf den Facebook-Seiten von [Linda Teuteberg](#) und [Gerald Ullrich](#).

Weitere Veranstaltungshinweise aus der Landesgruppe Ost:

Am Dienstag, 16. März 2021, 19 Uhr, diskutieren meine Kollegen Dr. Marcus Faber aus Sachsen-Anhalt und Gerald Ullrich aus Thüringen zum Thema "ist der Wald noch zu retten". Auf dem digitalen Panel werden außerdem Vertreter aus Naturschutzverbänden und der Forstwirtschaft zu Gast sein. Die Veranstaltung können Sie live auf dem [YouTube-Kanal der FDP-Bundestagsfraktion](#) verfolgen.

Am Mittwoch, 25. März 2021, 16 bis 17.15 Uhr laden Sie meine Kollegen Frank Müller-Rosentritt aus Sachsen und Johannes Vogel aus Nordrhein-Westfalen ein, über eine neue Idee für die Rente der Zukunft zu sprechen. Vor wenigen Wochen hat die FDP-Bundestagsfraktion ihr Modell einer Aktienrente als weiteren Baustein zur Sicherung der Altersvorsorge vorgestellt. Mit Vertretern aus Sozialverbänden, Versicherungswirtschaft und Wissenschaft wollen wir das Thema Rente neu denken und freuen uns auf viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch diese Veranstaltung wird live auf dem [YouTube-Kanal der FDP-Bundestagsfraktion](#) zu sehen sein.

AUS DEM LEBEN EINES ABGEORDNETEN

Direkt am Montag war ich beim Friseur und ich bin sehr froh, dass sie ihr Handwerk während des Lockdowns nicht verlernt haben. Das hätte ansonsten während der Rede sehr peinlich ausgesehen. Hoffen wir, dass bald auch wieder andere Selbstständige ihre Geschäfte öffnen dürfen.



Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender E-Mail-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de Bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: <https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/> anmelden.

Kontaktdaten

Hagen Reinhold, MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390

hagen.reinhold@bundestag.de

Verantwortlich

Hagen Reinhold, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 49 30 227 78388, E-Mail: hagen.reinhold@bundestag.de, Fax.: 49 30 227 70390,

Internet: www.fdp-mv.de